

Region

Gemeindeverwaltung setzt auf künstliche Intelligenz

Glattfelden Wie lässt sich die Effizienz der Verwaltung entscheidend steigern? Auf diese Frage hat die Gemeinde eine Antwort gefunden: KI.

Ruth Hafner Dackerman

«Das könnte etwas für Glattfeldens Behörden sein, und wir würden damit Geschichte schreiben.» Dies kam Glattfeldens Gemeindepräsident Marco Dindo bei der letztjährigen 1.-August-Rede von Pascal Kaufmann in den Sinn. Der renommierte Hirnforscher und Pionier im Bereich künstliche Intelligenz gab somit den Ausschlag für das Projekt mit SwissGPT, das Glattfelden nun lanciert hat.

Bevor es am 16. April zum eigentlichen Kick-off kam, bedurfte es einiges an Vorarbeiten – unter anderem einer sechsmonatigen Testphase. «Wir mussten einerseits das System bauen und es einige Monate zuvor pilotieren, andererseits viele Abklärungen bezüglich Datenschutz treffen», sagt Pascal Kaufmann.

Arbeiten in Minuten statt Stunden erledigt

Worum geht es dabei genau? Und welches sind die Vorteile von SwissGPT im Vergleich zu Chat-GPT? Kaufmann weist auf die Sicherheit hin. «Diese Daten verlassen die Schweizer Grenzen nicht und sind absolut gesichert. Die gesamte Informatik ist im regionalen Informatikzentrum (RIZ) ausgelagert, welches Tausende von Behördenarbeitsplätzen schweizweit verwaltet.» Datenzugriff gebe es nur für die Pilotnutzer unter den Mitarbeitenden. «Schon vor dem Roll-out war das Interesse gross. Die entsprechenden Mitarbeiter wurden auf das neue System geschult. Arbeiten, die früher stundenlang dauerten, können nun innert weniger Minuten erledigt werden.» Konkrete Beispiele? «Dokumente zusammenfassen, 300-seitige PDF in eine andere Sprache übersetzen, Baurechtsgesuche prüfen, E-Mails beantworten, Reden generieren.»

Die Kunst sei, die richtigen Fragen ans System zu stellen, das sogenannte «Prompting». Neue User müssten sich damit zuerst



Eine mit künstlicher Intelligenz ergänzte Bildmontage eines Roboters vor dem Gemeindehaus. Foto: PD



Pascal Kaufmann (links), Hirnforscher und Gründer von AlpineAI und Glattfeldens Gemeindepräsident Marco Dindo. Foto: Ruth Hafner Dackerman

anfrenden, führt Kaufmann aus. «Das System kommuniziert mit uns. Wir können wie mit Menschen reden.» Je mehr das System mit Informationen gefüttert werde, desto schneller bekomme man ein detailliertes Ergebnis. Kaufmann erinnert sich daran, dass er anlässlich seiner Rede am 1. August etwas über die ausgewanderten «Glattfelder» im Zusammenhang mit Meghan Markle und ihren Glattfelder Wurzeln erfahren wollte. «Eine coole Story, doch auf Google fand ich nichts.» Nun fügt er ein aktuelles Beispiel an. «Was wurde in Glattfelden bereits zum Thema Bootssteg kommuniziert?» Die Antwort darauf erfolgt innert

Sekunden. «Dokumente in mühsamer Recherchearbeit zusammenzusuchen und zu vergleichen – das war einmal.»

Arbeitsplätze nicht wegrationalisieren

Gemeindepräsident Marco Dindo ist überzeugt von SwissGPT. Angesprochen auf die Kosten, will er keine Zahlen nennen – «ein Bruchteil eines Salärs eines Mitarbeiters pro Jahr», sagt er dazu. Der Pilot laufe über das normale Softwarebudget und sei Teil der bestehenden IT-Infrastruktur. Die Zeitersparnis bei Routinearbeiten sei aber enorm. Arbeitsplätze wolle man nicht wegrationalisieren. «Aber es bleibt definitiv mehr Zeit für das Personal, um mit Menschen zu interagieren und auf die Bedürfnisse der Einwohner Glattfeldens einzugehen.»

Das neue Modell stösst anscheinend auf viel Interesse von anderen Gemeinden. «Bei unserem Gemeindeschreiber laufen die Telefone heiss», freut sich Dindo. Man sei sehr an SwissGPT interessiert und wolle wissen, wie das Projekt angegangen sei. «Für Glattfelden ist es schön, eine moderne Gemeinde mit modernsten Arbeitsmitteln zu sein.» Dindo lobt die gute Zusammenarbeit mit der Firma AlpineAI. «Wir bekommen jederzeit Unterstützung.» Auch er selbst profitiere von der neuen Technologie. «Der Aufwand für meine Ansprachen beträgt nur noch 20 Prozent», sagt er lachend.

Für Pascal Kaufmann und sein Team geht es nun darum, SwissGPT bekannt zu machen. Ja, für Schulen sei das sicher auch sinnvoll. «Wollen wir unsere Daten wie bei Chat-GPT wirklich in die USA oder nach China weitergeben?» Bevor er sich um die Schulen kümmern wird, geht es auf Reisen nach Paris, Rom und München. Auch Europa will er mit ins Boot holen – mit dem Ziel, der beste und sicherste Anbieter zu sein.

Mehr Schatten im Glattpark

Opfikon In den letzten zwei Aprilwochen sind auf der Rasenfläche im Opfikerpark 30 Bäume gepflanzt worden. Wie die Stadt Opfikon mitteilt, sorgen diese für mehr kühlende Schattenflächen in der Grünanlage des neuen Stadtteils Glattpark. Vorwiegend seien einheimische Baumarten ausgewählt worden, welche die gegebenen Bodenbedingungen im Opfikerpark und steigende Temperaturen vertragen.

Mit einer Baumpatenschaft konnten sich Privatpersonen und Unternehmen im Glattpark am Konzept beteiligen und so einen Beitrag zur Hitzeminderung leisten. Zusammen mit den Baumpatinnen und Baumpaten weihten Stadtpräsident Roman Schmid und Stadtrat Bruno Maurer, Vorstand Bau und Infrastruktur, am Montag die frisch gepflanzten Bäume ein. Jeder Baum ist mit einem Schild versehen, das Auskunft über die Art des Baumes und die Patenschaft gibt.

Politische Vorstösse als Hintergrund

Die Bäume wurden im Rahmen eines Beschattungskonzepts für den Opfikerpark gepflanzt. Dessen Erarbeitung wurde unterstützt durch einen Vorstoss im Gemeinderat und eine Petition mit 1875 Unterschriften für «Mehr Schatten im Opfikerpark» aus dem Jahr 2022. (all)

Jahresrechnung mit kleinem Gewinn

Schöfflisdorf Die Jahresrechnung 2023 der Gemeinde Schöfflisdorf schliesst mit einem kleinen Gewinn von gut 250'000 Franken ab bei Ausgaben von rund 5,7 Millionen Franken. Der Gemeinderat und die Rechnungsprüfungskommission beantragen die Annahme der Rechnung. Das Geschäft wird an der Gemeindeversammlung vom 4. Juni besprochen. Weitere Traktanden sind bisher nicht vorgesehen, Anfragen können jedoch noch eingereicht werden. (asö)

Etwas gesehen oder gehört?

Die Redaktionen des «Zürcher Unterländers» erreichen Sie unter Telefon 044 854 82 82 oder E-Mail region@zuonline.ch. (red)

Waldbesetzer scheitern mit Rekurs gegen Kostenübernahme

Rümlang Der Streit um die Räumung des Protestcamps geht weiter. Die Aktivisten wollen ihren Fall nach Strassburg weiterziehen.

Zwölf Tage lang hielten Aktivistinnen und Aktivisten des Kollektivs Waldstattschutt im Frühjahr 2023 ein Waldstück in der Nähe von Rümlang besetzt. Dies, um gegen die Rodung von 1000 Bäumen für die geplante Erweiterung der Bauschuttdeponie Chalberhau zu protestieren.

An der Räumung ihres Zeltlagers neben der Deponie im Morgengrauen des 20. April 2023 entfachte sich ein Rechtsstreit. Dieser könnte die Schweizer Justiz noch jahrelang auf Trab halten. Denn das Kollektiv, das sich mittlerweile auch «Wald statt Repression» nennt, kündigt an, sich weiterhin juristisch wehren zu wollen. Und zwar gegen die Übernahme der Kosten für die Räumungsaktion. Die Zürcher Kantonspolizei stellte diese je-

nen Personen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Protestcamp aufhielten, in Rechnung.

Zwölf der Aktivisten erhoben dagegen zunächst bei der Kantonspolizei selbst Einspruch. Nach der ersten Abweisung zogen sie den Rekurs Ende November 2023 an die nächste Instanz weiter, die Kantonale Sicherheitsdirektion. Diese hat nun, gut ein halbes Jahr später, entschieden – und den Rekurs ebenfalls abgelehnt. Die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion traf diese Entscheidung am 2. Mai. In anonymisierter Form liegt er dieser Redaktion nun vor.

Sie sollen zwischen 800 und 5000 Franken bezahlen

Zur Begründung heisst es darin, dass die Räumung recht-

und verhältnismässig erfolgt sei. Dass die Kosten der Polizeiaktion den Rekurrierenden auferlegt würden, habe seine rechtliche Grundlage im kantonalen Polizeigesetz. Laut einem expliziten Absatz im Rekursentscheid hat die Überwälzung der Kosten auf die Protestierenden von Rümlang nichts mit der am 3. März erfolgten Annahme des Gegenvorschlags zur «Anti-Chatoten-Initiative» durch das Zürcher Stimmvolk zu tun. Eine entsprechende Gesetzesänderung – die sogar eine Pflicht zur Kostenübernahme in solchen Fällen enthält – sei noch nicht umgesetzt und könne auch nicht rückwirkend angewandt werden.

Die Kantonspolizei habe die Kosten des Einsatzes genügend

detailliert nachgewiesen. Die Kostenaufgaben an die Rekurrierenden beachtetten unter anderem das Kostendeckungsprinzip. An einer Stelle des elfseitigen Rekursentscheids sind die Beträge für die einzelnen Beteiligten genau aufgelistet. Demnach hatte die Kantonspolizei drei Personen jeweils 5000 Franken in Rechnung gestellt.

Nächster Rekurs in der Pipeline

Die übrigen neun Rekurrierenden, die damals verzeigt wurden, erhielten Kosten von je 800 Franken aufgebürdet. Die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion reduzierte diese Beträge nicht und erlegt den zwölf Rekurrierenden gemeinsam zusätzliche Verfahrenskosten von

insgesamt 1865 Franken auf. Das Solidarkollektiv «Wald statt Repression» scheint sich davon nicht beeindruckt zu lassen. In ihrer Medienmitteilung erklären die Aktivistinnen und Aktivisten, den Rekursentscheid nicht zu akzeptieren. Sie schreiben über sich selbst: «Sie sind entschlossen, falls nötig, den Rechtsweg bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu bestreiten, da es sich um eine ungerechtfertigte Einschüchterung und Einschränkung des Grundrechts auf Protest handelt.»

Die nächste Instanz ist indes noch längst nicht der EGMR in Strassburg, sondern das Zürcher Verwaltungsgericht. Aktuell bereite der Rechtsvertreter der Beschuldigten die Eingabe des Re-

kurses dort vor, schreibt das Kollektiv.

Es fügt an: Die Überwälzung der Kosten von Polizeieinsätzen verursache eine abschreckende Wirkung, die auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International als extrem problematisch einstufen würden. Die Kantonspolizei versuche mit dem Fall Rümlang, ein schweizweites Leiterteil für weitere Kostenüberwälzungen zu schaffen. «Dieses wird gravierende Auswirkungen haben, dabei sind das Ausüben von Meinungsfreiheit und das Grundrecht auf Protest zentral für eine funktionierende Demokratie», schliesst «Wald statt Repression».

Peter Weiss